

Volks-Zeitung

Freitag das achtseitige farbige illustrierte Witzblatt ULKE

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Haus u. Gartenztg Techn.-Zeitung Witzblatt „ULKE“

Erscheint täglich... Abonnement...

Strasse 67-68, Moritzplatz... Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Die Werkzeugmacher lehnen ab

Seite neuer Einigungsversuch in der Metallindustrie

Die Funktionäre der Werkzeugmacher nahmen gestern Nachmittag zu dem von vereinbarten Schiedsgericht im Metallfussball gefällten Schiedspruch Stellung...

mitgeteilt wurde, zu erwarten war, nimmt der Kampf in der Berliner Metallindustrie also seinen Fortgang...

Schnelldienst

In Genf wird der von den Metallindustriellen angekündigte Einigungsversuch...

haben, aber nicht verheißt sein. Bei der transnässischen Konferenz...

Nach diesem ablehnenden Beschlusse der Funktionäre...

Wie man keine Abrüstungspolitik macht

Die Sowjetpresse über ein „Genfer Komplotz“ gegen den russischen Vorschlag

Der Korrespondent der „Zemskaja“ in Genf meldet, der Abrüstungsprozess...

Protokoll für die Sowjetregierung lediglich den Staaten gegenüber bindende Kraft hat...

Gute Konjunkturgewinne

Höhere Erträge der Banken - Aufstieg der deutschen Schiffahrt - Günstige Entwicklung der Eisenindustrie

Die Ungewissheit über die weitere Entwicklung der Konjunktur ist noch nicht geschwunden...

Die Gründe des Herrn Heidt

Für Panzerkreuzer - gegen Einheitsflaot

Bei der heute fortgesetzten Erörterung im Reichstag...

Wied hier Acabiens Schicksal gemacht?



Die Residenz des kriegerischen Wahabitenkönigs Ibn Saud

Die russische Abrüstungsvorschläge sei aber bereits Eigentum breiter Arbeiterschaft...

Die Behauptungen der „Zemskaja“ reichen sich den Alarm- und Sensationsmeldungen an...

Rußland ratifiziert das Offiziersverbot

Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion...

Rückständige Verkehrswirtschaft

Zorffschritte der Technik - Stillstand bei der Regierung - Deutschnationale und Volkspartei liegen sich in den Haaren

Im Reichstag wurde gestern die zweite Beratung des Verkehrsrechtsfortschritts...

Zurückführung des Reichsbahngesetzes verhängnisvoll für die Reichsbahn...

Die schönste illuzorierte Zeitschrift

Der Welt Spiegel

Aktuelle Bilder in prachtvoller Wiedergabe - Packende Romane. Jeden Sonnabend neu!

Bei den Zeitungsverlegern, den Stadtkassen und Botenfrauen des Rudolf-Mosse-Verlages 10 Pfennig

Neue Amnestie gefordert

Die unzulängliche Hindenburg-Amnestie - Die Deutschnationalen fordern Feindverderbamnestie Bayern lehnt von vornherein ab

Der Rechtsausschuss des Reichstags behandelte unter dem Vorzeichen des Wahlrechts...

Abg. Gollmann (Soz.) forderte nach Wiederholung einiger früherer Fragen die Feste des Jahresfestes der Republik...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück und verteidigt seine Auffassung einer einheitlichen Regelung dieser Frage...

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) tritt für eine neue Amnestie ein und zwar auf dem Boden des kommunikativen Antrages...

Bei weiterer geographischer Lage ist das Auffahren von sehr umfangreichen Eisenbahnen der Eisenbahnenstand von allen Parteien im Ausmaß das größte Vertrauen angesprochen worden...

Die deutsche Technik wird im Ausland bewundert, trotzdem hat sich die Hochleistungsmotor noch nicht dazu durchringen können die Technik in der deutschen Technik dem Reichsinteresse dienlich zu machen.

Mit technischen Fragen werden von Reichs wegen direktentwurf behandelt.

Abg. Dr. Cuno (Deutschn. Vp.) wendet sich gegen die getragene Behauptung des Abg. Dr. Mittelmann...

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.) erwidert dem Abg. Dr. Cuno, er habe bei seinen Reden gegen den Reichsverband...

Reichsverkehrsminister Dr. Schlag erklärt, er wolle auf diesen Reichsverband nicht eingehen.

die Gewinne auf Zinsen- und Wechselkonto wie auf Effekten- und Konfessalkonto hinter den vorjährigen zurückgelassen...

Außerdem gänzlich hat die Deutsche Dampf-Schiffahrtsgesellschaft Hanja das vergangene Jahr abgeschritten...

In der vorliegenden Woche ist die Beförderung der Konjunktur auch einer ganzen Reihe von Industriebranchen gestiegen...

Die Dividendenabteilung erfordert also eine doppelt so hohe Summe wie für 1926, nämlich 48 Millionen Mark...

Erst die Schreier, dann die Kriegseifer. Der italienische Unterrichtsminister des Auswärtigen...

Die Frauen wehren sich

Sie verlangen volle Gleichberechtigung - Kritik am Rumpfentwurf

Im Haushaltsausschuss des Reichstags wies bei der Weiterberatung des Haushalts des Reichsministeriums...

Abg. Gollmann (Soz.) forderte nach Wiederholung einiger früherer Fragen die Feste des Jahresfestes der Republik...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Die in Woffe schärfsten Widerspruch gefunden hätten, notwendig, um eine Verhinderung im Woffe...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Abg. Dr. Ruch-Wester (Soz.) kommt auf die Verhinderung des Reichsministeriums zum Einheitsstaat zurück...

Bismarck und Weimar

Ein Vortrag des Münchener Historikers Prof. Enden - Die Unterschiede zwischen der alten und neuen Reichsverfassung

Auf Einladung der „Deutschen Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung“ sprach Professor Dr. Hermann Enden (München) über das Thema „Bismarck und Weimar“ vor einem zahlreichen Auditorium, in dem die höhere Beamtenklasse besonders stark vertreten war. Der Vortragende ging von der verfassungsrechtlichen Gestaltung der äußeren Verhältnisse aus, in denen die Verfassung des alten Reiches und die der Republik entstanden seien, und stützte die Aussagen der Entstehung. Die durch die Ereignisse der Jahre 1861 und 1866 vorbereitete deutsche Einigung, die der Vortrager „eine Neugestaltung der europäischen Mitte“ nannte, habe sich inmitten eines siegreichen Heeres und bewußt durch das Genie des lebenden Staatsmannes vorwärtsgetrieben, vollzogen. Dabei habe Bismarck sich keineswegs abstrakten Theorien hingeeben, sondern vom politischen Leben selbst leiten lassen. Das im Verlaufe 1871 entstandene Reich habe das Problem Staatenbund - Bundesstaat augenblicklich des letzteren entschieden. Durch den Geist des praktischen Politikers sei schon die Verfassung des Norddeutschen Bundes so leichtfertig gestaltet worden, daß die Aufnahme der süddeutschen Staaten ohne besondere Schwierigkeiten geschehen konnte.

Trotzdem habe eine starke Kritik an der Gestaltung des alten Reiches, die der damalige Kronprinz als ein „unvollständiges Chaos“ bezeichnet, eingeleitet, die sich besonders auf das Weiterbestehen der ständischen Kleinstaaten sowie der Er- und Einkommensteuer bezog. Das im Laufe der Entwicklung härtere in der Entscheidung stehende unitarische Prinzip, noch gefördert durch den Parlamentarismus, habe Bismarck bekämpft, weil er darin eine Bedrohung der Rechte der Krone sah.

Dieser Ausbau, der sich in den folgenden Jahren organisch weiterentwickelte, sei durch die Ereignisse des Jahres 1918 unterbrochen worden. Obwohl an den Grundlagens des Reiches nicht gerührt wurde, sei doch eine fundamentale Verschiedenheit festzustellen, die sich in dem völligen Umsturz von Reich, Bundesrat, Bundespräsidenten zeige. In diesen Umwälzungen von innen kamen die von außen, die das in seinen Energien verbrauchte deutsche Volk um so härter treffen mußten.

Unter diesen Umständen sei die Nationalversammlung die einzige Rettung gewesen - die Verfassung der ersten Demokratie gegen die Anarchie, die nur durch den Appell an das gesunde Volk erreicht werden konnte.

Ein tieferer Grund für den sich selbstbestimmenden Volksstaat mußte geschaffen, neue feste Werte und Normen gefunden werden. Dieser neue Staat sei eine Notwendigkeit gewesen, obwohl er, nach der Meinung des Vortragenden, mehr als die alte Verfassung den Charakter theoretischer Fiktion trage. Wie es früher in der Rede über: „Seine Majestät und ich“ sei durch den letzten Satz: „Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen, hat sich diese Verfassung gegeben...“ der grundlegende Unterschied gegeben. Der konsequente Schluß aus dem Prinzip der Souveränität sei die Verankerung des allerhöchsten Prinzipes der allerhöchsten noch in weiter ferne Lage.

Im weiteren Verlauf eines Vortrages beschäftigte sich der Redner eingehend mit Einzelheiten der Weimarer Verfassung, wobei er bei aller selbstverständlichen Anerkennung der geleisteten Arbeit teilweise die kritische Sonde in einem Maße anlegte, wie es vielleicht in

diesem Kreise gerade nicht am Platze war. Insbesondere glaubte er das Fehlen der im alten Reich durch Reichsministerien bestehenden engen Verbindung zwischen Reich und Provinzen bebauern zu müssen und wandte sich gegen den „Geist der Nationalisierung“, der sich heute mühe, an den Grundlagen der Länder zu rütteln. Das heißt er sprach gegen den Einheitsstaat. Mit heißen Worten der Anerkennung für die unermüdete Arbeit und Opferfreudigkeit der Männer von Weimar schloß Professor Enden seine Ausführungen.

Die Schulgelderhöhung beschlossen

Zustimmung der Berliner Stadtverordnetenversammlung
In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig auf Antrag der Sozialdemokraten die Erhöhung des neugestalteten Stadtrats (Soz.) angenommen.

Zusätzlich beschloß die Stadtverordnetenversammlung über die Steuererhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten und an den Mittelschulen. Danach soll eine Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten auf 200 Mark jährlich und für die Mittelschulen auf 20 Mark jährlich eintreten.

In der Debatte wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß das Schulgeld für In- und Ausländer sowie für die Kinder auswärtiger Familien fallen gelassen werden soll, im Einverständnis mit der Mehrheit des Stadtparlaments erfolge.

Von den Sozialdemokraten wurde der Antrag eingebracht, die sogenannte „Leistungsklausel“ zu streichen. Diese

Ostern in Paris!

8-tägige Gesellschaftsreise

(vom 4. bis 12. April d. J.)

Für unsere Leser und Freunde, veranstaltet von der Esperanto-Abteilung Rudolf Mosse 280 RM oder 255 RM ab Berlin (oder 210 RM ab Köln) für die Person einschließlich Kosten.

Gute Unterkunft und Verpflegung - reichhaltiges Besichtigungsprogramm - Individuelle Sonderführungen durch Pariser Esperantisten. - Ausführlicher Prospekt kostenlos.

Annahme von Anmeldungen, Auskunftserteilung durch Rudolf Mosse, Esperanto-Abteilung, Berlin SW 19 Jerusalemstr. 46-49 Postfachkonto: Berlin 3962

Anmeldeschluss am 31. März!

Klausel bestimmt nämlich, daß den Schülern, denen Schulgeldermäßigung gewährt wird, im Falle andauernder schlechter Leistungen diese Ermäßigung entzogen werden soll.

Stadtv. Professor Hildebrandt (Zem.) erklärte, seine Freunde könnten auf die Leistungsklausel nicht verzichten. Die Schule vertritt jedoch den Standpunkt, daß für die Ermäßigung einzig und allein die wirtschaftliche Lage der Eltern ausschlaggebend sein dürfe.

Es wäre ungerath, einen solchen Unterschied zwischen den mangelhaften Leistungen von Kindern wohlhabender und denen von Kindern armerer Familien zu machen.

Das Haus beschloß entsprechend dem Antrag der Kinder, für den Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum stimmten. Die Leistungsklausel ist damit gefallen; ebenso die Differenzierung des Schulgeldes für In- und Ausländer. Die Vorlage wird dann mit großer Mehrheit angenommen; ebenso eine Entschließung der Väter, die für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Eltern bei der Erhebung des Schulgeldes eintritt.

Auf Wunsch der Reichsparteien wurde dann eine dritte Lesung der Vorlage über den Grundstückssteuern in der Bellevuestr. (Vossamer Platz) vorgenommen. In der Debatte kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der kommunistischen Fraktion und dem sozialdemokratischen Stadtv. Dr. Gabel, die aber wieder friedlich verliefen. Dr. Gabel (Komm.) stellt Dr. Gabel zur Weite, weil er die kommunistische Fraktion in einem Artikel in der Berliner „Sozialzeitung“ verächtlich habe. Er forderte ihn auf, für seine Behauptungen in öffentlicher Sitzung den Beweis anzutreten. Wenn er das nicht könne, müsse man ihn als einen Verleumder bezeichnen.

Im einem drohenden Zusammenstoß des Stadtverordneten Dr. Gabel mit den Kommunisten vorübergehend, beantragt Stadtv. Dr. Vohmann Entsch. der Debatte. Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Erwiderung erhält Stadtv. Dr. Gabel (Z. Sp.) das Wort. Er ersucht zunächst die Kommunisten, ihn ruhig anzuhören. Er habe nur auf Gerüchte hinweisen wollen, die ihm zu Ohren gekommen seien. (Zuruf links: „Warum haben Sie denn diese Gerüchte folgerichtig?“)

Stadtv. Dr. Gabel fortführend: „Was erwarten Sie denn anders von einem Sozialdemokraten...“ (Große Geisterstille links), „daß daß er solchen Gerüchten nachgeht. Es liegt ihm fern, solche Behauptungen gegen die kommunistische Fraktion als wahr hinzustellen. (Stürmische Zurufe links.)“

Stadtv. Gabel (Komm.) beantragt nunmehr, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die sich mit der Verabsichtigung des Stadtv. Gabel gegen seine Fraktion beschäftigen soll.

Inzwischen ist von bürgerlicher Seite der Antrag eingegangen, die Vorlage nochmals an den Ausschuß zurückzugeben. Der Antrag wird mit 95 gegen 83 Stimmen abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird der Grundstückssteuern in der Bellevuestr. mit 103 gegen 80 Stimmen angenommen mit der Maßgabe, daß die an die Stadt Berlin von der Canada Land Company zu zahlende Summe auf 900000 Mark erhöht wird. Gleichzeitig wird in einer Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, verlangt, daß das Grundrechte Believersstr. 2 nur an eine deutsche Firma weiterverkauft oder verpachtet werden darf. (Die Canada Land Company ist bekanntlich eine deutsche Gesellschaft.)

Arbeits-Kleidung für jeden Beruf



WOLFSBURG

Genossenschaft Berlin u. Umgegend e. G. m. b. H.

Warenhäuser

Charlottenburg, Rosinensr. 4 SO., Oranienstr. 164/65 N., Reinickendorfer Str. 21

